

# Black Power in Frankreich?

## Das Integrationskonzept der Republik stößt an seine Grenzen

MARTINA ZIMMERMANN\*

Während Präsident Chirac am 8. Mai wie jedes Jahr am Pariser Triumphbogen den Sieg der Alliierten über Nazideutschland mit einer Kranzniederlegung feierte, demonstrierten Bürger aller Hautfarben auf dem Platz der Republik in Paris. Laut Angaben der Veranstalter sind es 3 000 Menschen, die dem Aufruf zum „Marsch der Eingeborenen“ gefolgt sind. „Wir greifen diesen Begriff ironisch auf, um zu sagen, dass wir immer noch als Eingeborene betrachtet werden“, erklärt eine 35-jährige Musikproduzentin algerischer Herkunft: „Gleichheit, Freiheit Brüderlichkeit sind das Ideal, aber in der Wirklichkeit ist es extrem hart für die Bevölkerung aus der Einwanderung.“

Die Demonstranten erinnern an ein dunkles Kapitel der französischen Kolonialgeschichte: Am 8. Mai 1945 schlug die französische Armee eine Demonstration in Setif in Ostalgerien blutig nieder. Die Repression in den darauf folgenden Wochen forderte laut französischen Angaben 15 000 Tote. Die Algerier gedenken allerdings jedes Jahr am 8. Mai 45 000 Opfer. Es war der Anfang ihres Kampfes für die Unabhängigkeit ihres Landes.

Durch das Megafon tönt es über den Platz der Republik in Paris: „Wir erinnern heute

nicht nur an Setif, sondern an alle Massaker, Madagaskar 1947, Indochina 1945, Kamerun, Côte d’Ivoire, wo Hunderttausende von Eingeborenen den Preis für die Freiheit teuer bezahlt haben.“ Für die Demonstranten besteht kein Zweifel: Die unbewältigte Vergangenheit hat Konsequenzen für die aktuelle französische Gesellschaft: „Ganze Bevölkerungsgruppen werden in diesem Land, das sich die Heimat der Menschenrechte nennt, in gewisse Viertel verbannt, in Vororte, mit Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Polizeigewalt.“ Der Applaus schwillt an, als der Sprecher ins Megafon fragt: „Ist diese Republik wirklich universell, für alle, oder muss man sich gebührend ausweisen, muss man weiß sein, um in den Privatclub eingelassen zu werden, der französische Republik heißt?“

Unter den Demonstrierenden sind maghrebinische Mädchen, von denen nur wenige das muslimische Kopftuch tragen. Afrikanerinnen in Jeans und Pullover, Asiaten in Anzügen, die Hautfarben gehen vom blassesten Weiß bis zum dunkelsten Schwarz. Alle Minderheiten sind auf dieser Demonstration vertreten. „Premiere, deuxième, troisième generation? On s’en fout, on est chez nous!“ Bisher wurde auf Antirassismuskundgebungen die Solidarität mit den Minderheiten in

\* Martina Zimmermann, Paris-Info, lebt als freie Journalistin in Paris.

Slogans betont wie „Ob erste, zweite, dritte Generation: Wir sind alle Kinder von Einwanderern“. Diesmal skandieren die Demonstranten herausfordernd: „Erste, zweite dritte Generation? Das ist uns egal, wir sind hier in unserem Land.“

### „Privatclub französische Republik?“

Wie viele Schwarze und Maghrebener es in Frankreich gibt, weiß keiner genau. Denn das Gesetz der Republik (in der alle gleich, frei und brüderlich sein sollen), verbietet es, statistische Angaben zur Herkunft zu sammeln. Die ausländischen Eltern oder Großeltern sind noch erfassbar, aber ihre in Frankreich geborenen Kinder und Kindeskinde, sowie die, die einen französischen Pass besitzen, sind in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen. Das französische Einbürgerungsrecht sieht vor, dass, wer in Frankreich geboren ist, mit 18 automatisch die Staatsbürgerschaft bekommt. Nach fünf Jahren Aufenthalt in Frankreich können Einwanderer Franzosen werden, sind sie mit Franzosen verheiratet, noch früher. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist in Frankreich seit jeher möglich. Zu den schwarzen Einwanderern aus Afrika kommen allein im Pariser Raum eine halbe Million Antillenfranzosen aus den Überseedepartements hinzu. Die Karibikfranzosen betonen gerne, dass sie seit vier Jahrhunderten Franzosen sind, länger als so manche Region der Metropole. Die Schwarzen könnten an die zehn Millionen sein, die Zahl der französischen Muslime wird auf fünf Millionen geschätzt. Viele fühlen sich als Bürger zweiter Klasse.

„In drei Jahren habe ich nicht weniger als 1 000 Bewerbungen verschickt und wurde zu keinem einzigen Vorstellungsgespräch eingeladen.“ *Rachid Mohandi* findet keine Arbeit, obwohl er ein abgeschlossenes Jurastudium vorzuweisen hat. *Said Hammouche* wurde immerhin als Kandidat für eine Stelle als Auto-

verkäufer vorgeladen. „Am Ende fragte man mich, ob es mich stören würde, den Vornamen zu ändern. Ob es ein Problem wäre, wenn man mich Robert nennt.“

Eine Studie des Observatoriums für Diskriminierungen belegt, dass ein Lebenslauf mit einem maghrebischen Namen zehnmal weniger Antworten erhält als eine Bewerbung mit einem französisch klingenden Namen. Die Arbeitslosigkeit unter Kindern afrikanischer Migranten ist drei- bis viermal höher als bei den weißen Franzosen. Die aus Benin stammende und in Bordeaux aufgewachsene *Carole da Silva* hat einen „Verein für berufliche Integration“ gegründet, der Akademikern afrikanischer Herkunft hilft, einen Job zu finden: „Unter Studenten ist man sehr vermischt, man hat Freunde von überall her, und das erscheint normal,“ erinnert sich die junge Französin an ihre Universitätsjahre. „Wenn man dann auf den Arbeitsmarkt will und vor allem, wenn man einen verantwortungsvollen Posten möchte, weil man die entsprechende Ausbildung dafür hat, ist es am schwierigsten.“ *Carole da Silva* klagt: „Diese jungen Leute haben ein großes Potenzial und eine gute Anpassungsfähigkeit. Dass sie eine andere Kultur völlig integriert haben, zeigt, dass sie bereits an sich selbst gearbeitet haben. Aber das stellt für die Unternehmen keinen Wert dar, und das ist schade.“

2001 trat ein Antidiskriminierungsgesetz in Kraft. Seither führt die Antirassismusorganisation SOS Racisme so genannte „testing“ durch, schickt Weiße auf Arbeits- oder Wohnungssuche, aber auch vor Diskotheken, und parallel dazu Migrantenkinder. So beweist die Organisation, dass ein arabischer Name, eine dunkle Hautfarbe oder ein ausländischer Akzent ein echtes Handicap sind. „Wenn ein Einzelner wissen will, ob er Opfer von Diskriminierungen ist, dann braucht er nur seinen Namen zu ändern. Wenn er merkt, dass er dann andere Antworten erhält, ist das ein Beweis.“ Der Vizepräsident von SOS Racisme, *Samuel Thomas*, ruft alle Betrof-

fenen dazu auf, sich zu wehren: „Wenn ein Vermieter sagt, die Wohnung ist vergeben, wenn er Abdoulaye heißt, und seine Freundin Françoise zu hören bekommt, dass sie die Wohnung anschauen kann, dann ist eine Aufzeichnung dieses Gesprächs bereits ein Beweis.“ Die Strafen liegen zwischen 1 500 Euro Strafe und sechs Monaten Haft auf Bewährung. Doch nur sieben Arbeitgeber wurden seit 2001 verurteilt, darunter Ikea und das Moulin Rouge.

### Afrikanische Diaspora

Die afrikanische Diaspora besteht nicht nur aus armen Afrikanern, die durch die Wüste marschieren, um die Festung Europa zu erklimmen. Oder aus Illegalen, die seit Jahren in Europa leben und niedere Arbeiten verrichten. *Massamba Mbenge* ist 57 Jahre alt. Der selbständige Steuerberater fährt einen nagelneuen Jeep, hat ein Haus in einem Pariser Vorort und eine Ferienwohnung in Deauville. Ein zufriedener Mann, der stolz ist auf das, was er sich aufgebaut hat: „Ich hatte das Glück, in einer guten Zeit zu kommen, als es keine Arbeitslosigkeit gab.“ *Massamba Mbenge* kam als 23-jähriger Student aus Dakar nach Paris. Er hatte ein Stipendium des senegalesischen Staates. Das Stipendium lief aus, als er sein Diplom als Steuerexperte hatte. Von nun an jobbte er und machte nebenbei seinen Doktor. Neun Jahre lang arbeitete er dann als Verantwortlicher in der Buchhaltung einer großen Filmgesellschaft. „Damals hattest du keine Probleme mit den Papieren. Du warst in einer normalen legalen Situation und konntest die Arbeit wechseln, wie es dir passte.“

In den Ferien in Senegal lernte er seine erste Frau kennen, die zu ihm nach Paris zog. Sie bekamen drei Kinder, die inzwischen erwachsen sind. Heute lebt *Massamba* mit *Christine* zusammen. Die Französin leitet eine Bank. *Massamba* bringt die gemeinsame dreijährige Tochter *Lea* jeden Morgen in die Vor-

schule, abends holt die marokkanische Haushälterin das Mädchen ab. Der Steuerberater arbeitet mindestens zehn Stunden am Tag. Vor zehn Jahren nahm er die französische Staatsbürgerschaft an. Heute gilt seine Sorge seinen Kindern, die als Franzosen geboren wurden und studiert haben: „Sie haben es schwerer als weiße Franzosen. Sie müssen viel mehr leisten und mehr Diplome haben, um einen guten Posten zu bekommen.“ Sein Sohn fand nach einem Jahr vergeblicher Suche eine Arbeit im Kulturministerium. „Er hat einen Zeitvertrag“, meint der Vater besorgt. „Ich weiß nicht, ob er erneuert wird oder nicht.“

Auch *Kofi Yamgnane* ist ein Musterbeispiel der Integration. Der aus Togo stammende Franzose war der erste schwarze Bürgermeister Frankreichs. 1983 bat ihn einige Bauern seiner Gemeinde in Saint Coultz in der Bretagne, gegen den seit Jahrzehnten amtierenden Bürgermeister anzutreten. „Ich sagte: Habt ihr mich angeschaut?“ *Kofi Yamgnane* muss lachen, wenn er sich an die Szene erinnert: „Ganz schwarz, aus Afrika. Sie sagten, keine Sorge, die Leute werden dich wählen. Sie kennen dich, nur du kannst es schaffen.“ Doch seine Frau, eine Bretonin, war dagegen. „Sie sagte, mach das bloß nicht. Die Bretonen sind sympathisch, aber sie werden dich nicht ins Rathaus lassen.“ Die Bauern überzeugten *Madame Yamgnane*, und *Kofi* wurde zum Bürgermeister gewählt. Heute ist er Vizepräsident des Regionalrates des Finistère. 1991 hatte Präsident Mitterrand den medienwirksamen Sozialisten zum Staatssekretär für Integration ernannt, *Yamgnane* blieb unter zwei Premierministern im Amt.

Doch von Integration wollen die Migrantenkinder heute nichts mehr hören. Denn sie sind in Frankreich zur Welt gekommen, sind hier aufgewachsen und zur Schule gegangen. „Man kann diesen jungen Leuten nicht mit Integration kommen. Zu ihnen muss man von Chancengleichheit sprechen.“ Der

schwarze Bretone zieht den Schluss: „Die Republik steckt in diesem Bereich in der Krise.“

Heute wäre seine Karriere nicht mehr möglich, bedauert auch Kofi Yamgnane. „Man brauchte damals kein Visum. Ich hatte keine Papiere. Ich kam 1969 aus der Schule. Ich war Ingenieur in der Direktion im Finistère-Departement, keiner hat mich je nach Papieren gefragt. Das gibt es heute nicht mehr, das ist ein echter Rückschritt.“ Im Mai hat Innenminister de Villepin neue Immigrationsrichtlinien verkündet: Eine „Immigrationspolizei“ soll künftig Illegale und ihre Schlepper verhaften. Die Härte gegenüber Einwanderungskandidaten soll mit einer besseren Integration der Migranten im Land einhergehen.

### „Die schwarze Malaise“

In Frankreich ist man sich der Diskriminierung der Bürger mit dunkleren Hautfarben in den letzten Jahren bewusst geworden. Es wurden Gesetze erlassen, eine Aufsichtsbehörde wurde Anfang des Jahres für den Kampf gegen Diskriminierungen jeder Art eingerichtet. Die ersten Unternehmen haben sich in einer Charta verpflichtet, Bürger jeder Herkunft einzustellen. Im Fernsehen gibt es endlich schwarze Nachrichtensprecherinnen und Reporter. Und bei Wahlen achten alle Parteien darauf, farbige Gesichter auf der Liste zu haben. Allerdings meist auf aussichtslosen Plätzen! Auch die Werbung hat die verschiedenen Communities und ihre Kaufkraft entdeckt. Doch das reicht nicht aus. Unter dem Titel „Die schwarze Malaise“ berichtete die französische Tageszeitung „Libération“ über die wachsende Wut der Schwarzen.

„Alle diese Schwarzen sind unterschiedlicher Herkunft, haben eine unterschiedliche soziale Stellung und auch eine unterschiedliche politische Auffassung“, erklärt die aus Französisch-Guayana stammende Christiane Taubira. „Aber sie werden alle wegen ihrer Hautfarbe abgewiesen, bei der Arbeitssuche,

bei der Wohnungssuche, wenn es um politische oder wirtschaftliche Verantwortung geht. Die sichtbare Verbindung zwischen diesen Leuten scheint die Hautfarbe zu sein.“ Christiane Taubira hält es angesichts der Unterschiede unter den Schwarzen dennoch für unstatthaft, von einer Community zu sprechen. „Das ist Betrug. Oder eine Hinterlist, um Wirkung zu erzielen!“

Die Politikerin war 2002 die erste farbige Präsidentschaftskandidatin in Frankreich. Als Spitzenkandidatin einer Linkspartei bekam sie im ersten Wahlgang 2,3 Prozent Stimmen, die dem Sozialisten Lionel Jospin fehlten, um in den Zweiten Wahlgang zu kommen. Taubiras hauptsächliches Wahlargument war die „Diversität“ der französischen Gesellschaft, und sie kam in manchen multikulturellen Wahlkreisen auf über zehn Prozent.

Als Abgeordnete hatte Christiane Taubira 1999 ein Gesetzesprojekt im französischen Parlament eingebracht, das den Sklavenhandel und die Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennt. Am Sklavenhandel und den Deportationen von über zehn Millionen Afrikanern zwischen dem 16. und dem 19. Jahrhundert waren auch die Franzosen beteiligt. Die Kolonialherren in der Karibik brauchten Arbeitskräfte. Über Nantes, Bordeaux, La Rochelle und Le Havre transportierten die Sklavenhändler ihre „Ware“ von der Gorea-Insel vor Senegal auf die französischen Antillen. Der „Code noir“ sollte unter Ludwig dem XIV. als Gesetzbuch für Schwarze das Leben der „Möbel“, wie die Sklaven genannt wurden, schützen. Doch die Antillen wurden eine Hölle für die Sklaven, und die Bürger und Notabeln von Nantes oder Bordeaux wurden dank des blühenden Handels reich. Sie bereicherten sich sogar noch während und nach der Revolution. Erst 1848 schaffte Victor Schoelcher, Abgeordneter von Martinique und Guadeloupe, die Sklaverei in Frankreich definitiv ab. Am 10. Mai 2001 wurde das Gesetz einstimmig verab-

schiedet: Frankreich ist das erste und bisher einzige europäische Land, das die Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennt. Premierminister Raffarin hat den 10. Mai zum Gedenktag an die Sklaverei bestimmt. Nun kämpft *Christiane Taubira* dafür, dass die Geschichte des Sklavenhandels auch in den Schulen gebühlich behandelt wird.

„Die heutigen Diskriminierungen sind an ein Bild gebunden, das von diesem System abgeleitet ist“, doziert die Parlamentarierin. „Es wurde ausgearbeitet, um den Sklavenhandel zu rechtfertigen und akzeptabel zu machen.“ *Taubira* zitiert den deutschen Philosophen *Hegel*, der eine „doch sehr unglückliche Aussage“ machte, als er über den afrikanischen Menschen schrieb: „Alles an ihm ist nur wild, ich sehe an ihm nichts Menschliches.“ *Christiane Taubira* macht dieses Bild für den heutigen Rassismus verantwortlich.

### Konkurrenz unter Minderheiten

Als herrsche Konkurrenz unter den verschiedenen Minderheiten, ihren Anliegen und ihrer Geschichte, forderten Schwarze während der Gedenkfeiern zur Befreiung von Auschwitz mit mehr oder weniger Polemik eine ähnliche Hommage für die Opfer der Sklaverei. Die Algerier wünschen die Anerkennung der Massaker während des Algerienkrieges, die Nachkommen aus den ehemaligen Kolonien die der Kolonialverbrechen. Der Geschichtsstreit hat die Kopftuchdebatte abgelöst, die im vergangenen Jahr die verschiedenen Vertreter des Islam ins Rampenlicht rückte.

Vor diesem Hintergrund machte sich der jüdische Philosoph *Alain Finkielkraut* im März mit einer Petition, in der er einen „antiweißen Rassismus“ anprangert, zum Verteidiger der „weißen“ Franzosen namens „David“ und „Sebastien“. Nur wenige der selbst ernannten Sprecher der so genannten Communities schrecken vor der Karikatur zurück. Die aus Kamerun stammende Schriftstellerin

*Calixthe Beyala* engagiert sich seit langem für die Rechte der Schwarzen, gründete 2000 das „Kollektiv Gleichheit“ mit der Forderung, dass alle sichtbaren Minderheiten auch in den Medien und der Politik vertreten sein müssen. Ihrer Meinung nach schüren die jüngsten Petitionen den Hass unter den Minderheiten.

„Die Positionen sind so festgefahren“, beklagt die Schriftstellerin. „Jeder ist in seiner Ecke. Jeder glaubt, Recht zu haben. Es gibt keine Vision, um in Zukunft miteinander zu diskutieren und Lösungen zu finden.“

### Französische Republik, angelsächsisches Communitydenken

Erstmals sprach sich ein Politiker für Quoten aus, als der heutige Vorsitzende der konservativen UMP, *Nicolas Sarkozy*, in einer Fernsehsendung vor zwei Jahren als damaliger Innenminister eine „positive Diskriminierung“ für die Einwandererkinder forderte. *Sarkozy*, erklärter Kandidat für die kommende Präsidentschaftswahl, grenzt sich auch in dieser Frage von Präsident *Chirac* ab, der das Modell der Republik vertritt und mit gutem Beispiel voranging, indem er aus Übersee und dem Maghreb stammende Staatssekretäre in die *Raffarin*-Regierung nominierte.

Die Republik gilt den meisten Franzosen immer noch als Gegenmodell zur amerikanischen Gesellschaft mit ihren Communities, die durch Lobbying oder über Quoten gleiche Chancen durchzusetzen versuchen. Doch das französische Modell funktioniert nicht mehr. „Es braucht eine Rosskur,“ meint *Claudy Siar*. Der Journalist präsentierte Ende Mai als erster Schwarzer am Samstagabend gemeinsam mit einem bekannten Altmoderator eine große Fernsehshow im zweiten Programm France 2. „Wir sind vielleicht ein Alibi, aber wir werden zeigen, dass wir besser sind oder genauso gut wie jeder andere Star des französischen Fernsehens!“

Claudy Siar ist ein Star. Seine Sendung mit schwarzer Musik auf Radio France International hat seit zehn Jahren großen Erfolg. Die Schwarzen, die so langsam in den Medien und der Politik sichtbar werden, sind in der schwarzen Szene schon lange Vorbilder. Doch dahinter warten viele junge Leute auf ihre Chance. „Was sich da zusammenbraut, ist sehr hart“, fürchtet Claudy Siar. „Es gibt extremistische Leute, die stark darauf drängen, dass wir in eine radikale Position gehen gegenüber dem französischen Staat. Ich habe davor große Angst. Ich glaube, noch ist der Dialog möglich.“ Auch für Siar führt der Weg zum harmonischen Zusammenleben der verschiedenen Gemeinschaften über eine umfassende Vergangenheitsbewältigung. Er ist wütend auf das Parlament, das soeben ein Gesetz verabschiedet hat, wonach künftig in den Schulen besonders die „positiven Aspek-

te der Kolonialherrschaft“ durchgenommen werden sollen. „Das ist Wasser auf die Mühlen derer, die einen radikalen Kampf wollen.“

Das Gesetz wurde auf Betreiben der ehemaligen Algerienfranzosen durchgesetzt. Frankreich weiß nicht mehr, wie den Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen Rechnung getragen werden soll. „Die Worte, die am meisten benutzt werden, sind Republik, Community und Communitydenken.“ Die Abgeordnete *Christiane Taubira* beklagt einen französischen Widerspruch: „Jedes Mal, wenn wir sagen, wenn ihr die Gesetze nicht ändert und unsere Gleichheit als Bürger garantiert, werden wir uns zusammenschließen, heißt es: Achtung, ihr schafft Communitydenken.“ – Die Schizophrenie im politischen Diskurs als Ausdruck der Ratlosigkeit von Politikern.